Schweiz

Neue Schwerpunkte beim E-Government

[21.11.2016] Der Steuerungsaussschuss E-Government Schweiz hat Ende Oktober den Schwerpunktplan für die Jahre 2017 bis 2019 beschlossen.

Der Steuerungsausschuss E-Government Schweiz hat jetzt den Schwerpunktplan 2017 bis 2019 verabschiedet. Dieser sieht unter anderem die Etablierung des elektronischen Stimm- und Wahlkanals in zwei Dritteln der Kantone bis Ende 2019 vor. Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Steuerungsausschuss zusätzliche finanzielle Mittel für das Projekt Vote électronique genehmigt. Außerdem hat das Gremium beschlossen, die Koordination und das Wissensmanagement in rechtlichen Fragen des E-Governments verstärkt zu fördern. Des Weiteren hat der Ausschuss den Umsetzungsstand von E-Government in der Schweiz unter die Lupe genommen. Im Ergebnis konnten folgende Meilensteile erreicht werden: Das Konzept für ein Portal, auf dem Unternehmen E-Services der Behörden beziehen können, liegt vor, 2017 soll die erste Version des Portals lanciert werden. Die Lösung eUmzugCH ist in einem Grossteil der Züricher Gemeinden und der Stadt St. Gallen verfügbar (wir berichteten). 20 Prozent der Unternehmen rechnen ihre Mehrwertsteuer bereits elektronisch ab. Das Projekt Validator für digitale Urkunden kann Anfang kommenden Jahres im Kanton Zug in den Pilotbetrieb starten. Es liegen außerdem sowohl ein Konzept als auch ein Gesetzentwurf für die Etablierung einer staatlich anerkannten elektronischen Identität vor.

(me)

Stichwörter: Politik, Schweiz, Steuerungsausschuss E-Government, Schwerpunktplan 2017 - 2019